

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mt., bei Selbstabholung 7.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
 Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
 Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise ober deren Raum 2.50 Mt., bei Platzvorschrift 3.— Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mt.; Reklame-Kolonelleise 10.— Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine bedeutungsvolle Rede Churchills

Freundschaftliche Annäherung zwischen England, Frankreich und Deutschland.

London, 30. November. Kolonialminister Churchill hielt gestern abend eine Rede bei einem Festessen der Ueberseebanken, in der er erklärte, die answärtige Politik löse sich auf in ein Dreiländer-Abkommen zwischen Amerika, Großbritannien und Japan zur Sicherung der friedlichen Entwicklung im Stillen Ozean. Dieser Plan sei durch die Washingtoner Konferenz sehr gefördert worden. Er fuhr fort, es sei jedoch ein weiteres Dreiländerabkommen in Europa notwendig, nämlich ein gutes Einvernehmen und eine freundschaftliche Annäherung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland für die Wiederherstellung Europas und die Neuerschaffung der geschwundenen finanziellen Wohlfahrt des Weltteils. (Beifall.) Zweifellos würden manche Leute sagen, wie ernstlich seien diese Gedanken, eine solche Kombination sei anstößlos. Churchill erklärte, eine solche Kombination sei jedoch notwendig, um den Schwierigkeiten und Gefahren der gegenwärtigen Lage Europas zu begegnen. Ob es leicht oder schwer sei, diese Kombination zustandzubringen, der Weg Großbritanniens müsse jedenfalls beharrlich dieses Ziel verfolgen. England dürfe sich nicht auf Kosten Frankreichs mit Deutschland anfreunden, Frankreich sei den Herzen der Engländer teuer. Churchill fuhr fort, sein Vertrauen zu dem Geiste des französischen Volkes sei derartig, daß er sicher sei, die Einsicht des französischen Volkes werde im Verlaufe von nur wenigen Jahren und vielleicht sogar in noch kürzerer Zeit zu der Erkenntnis führen, daß nur ein gedeihendes oder zufriedenes Deutschland zur Wiederbelebung und Erneuerung des Ruhmes Europas beitragen werde. (Beifall.)

Sodann verbreitete sich Churchill über Reparationsfragen. Man trete in dieser Hinsicht auf unsicheren Boden. Er gab seiner großen Befriedigung Ausdruck über das in den letzten Monaten zu beobachtende beständige Fortschreiten der Verhandlungen aller Länder in der Richtung auf einen gesunden Verstand in finanziellen Dingen. Es sei erstaunlich, daß die elementare Tatsache, daß der Handelsaustausch und die Zahlungen von einem Land in das andere in großem Umfange nur in Form von Waren oder Arbeitseinstellungen ausgeführt werden könnten, von neuem von den „erleuchteten“ Sachverständigen in den verschiedenen Ländern anerkannt werde.

Eine englisch-deutsche Entente?

London, 29. November. Der Daily Herald erklärt, daß gegenwärtig die Frage einer englisch-deutschen Entente, die die französisch-englische ersetzen soll, sowohl im Foreign Office als in der Wilhelmstraße erwogen werde. Das Blatt bestärkt die Meldung, wonach Lloyd George ein Moratorium für die deutschen Zahlungen vorschlagen werde. Belgien werde diesen Vorschlag annehmen, Frankreich wahrscheinlich nicht. Aber die Downing Street kümmerne sich nicht sehr um Frankreich und werde ihm sagen es solle sich damit begnügen, was es im Wiesbadener Abkommen erhalten habe. Wenn Frankreich aber seine Zustimmung verweigere, würde Deutschland von England ermutigt werden, sich zahlungsunfähig zu erklären.

Die britische Regierung und die Frage des Moratoriums.

Paris, 30. November. Der Londoner Berichterstatter des Temps weist darauf hin, daß die britische Regierung sich der Meinung von Sir John Bradburn, dem Vertreter Englands in der Reparationskommission angeschlossen zu haben scheint, Deutschland nach der ersten oder zweiten Reparationszahlung ein Moratorium von zwei oder drei Jahren zu gewähren. Der Korrespondent weist auf die Artikel 233 und 234 des Friedensvertrags hin, und auch auf den § 13, Anhang 2 des Teiles 8 über die Reparationen, um festzustellen, daß für ein Moratorium dieser Art nicht die Zustimmung der Reparationskommission, sondern ein ernster Mehrheitsbeschluß erforderlich ist.

Barding und die europäischen Finanzfragen.

Washington, 1. Dezember. (U.) Wandering Schilddrüsen der finanziellen Notlage Deutschlands und der Gefahr, daß durch einen deutschen Zusammenbruch ein allgemeines Chaos über Europa hervorgerufen werden möchte, haben hier eine starke Bewegung hervorgerufen, doch lehnt Harding es nach wie vor ab, jetzt in eine Erörterung der Finanzfragen einzutreten. Er will, daß das Lotienprogramm unter Dach und Fach kommt, bevor etwas anderes angestrebt wird.

Die englische Presse zur Reparationsfrage.

London, 1. Dezember. (U.) Die Blätter melden, daß Deutschlands Versuch, eine Anleihe in England unterzubringen, um die Januarzahlung sicherzustellen, nicht erfolgreich gewesen sind. Die Meinung der Sachverständigen ist die, daß Deutschland vielleicht nicht imstande sein wird, den vollen am 1. Januar fälligen Betrag zu zahlen. Die Blätter äußern die Meinung, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß man auf ein Einhalten des Zahlungstermins dringen wird.

Noch kein Vorschlag zur Aufhebung der Sanktionen?

London, 30. November. Reuter meldet: Soweit in wohlunterrichteten Londoner Kreisen bekannt ist, ist kein Vorschlag an die Vorkonferenz gemacht worden, die militärischen Sanktionen am Rhein aufzuheben. Es verlautet, daß diese Frage lange erwogen worden ist, aber es ist noch kein Schritt von der Vorkonferenz unternommen worden.

Ein Dementi der Industriellen.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsverband der Industrie dementiert die Mitteilung, daß Hugo Stinnes in der Präsidialtagung des Verbandes über seinen Aufenthalt in London gesprochen und daß sich das Präsidium mit der Frage der im Ausland aufzunehmenden Kredite befaßt habe. Das Merkwürdige dabei ist nur, daß gerade die der Schwerindustrie nahestehenden Blätter wie z. B. der Berliner Lokalanzeiger ganz unzweideutig über die Mitteilungen des Herrn Stinnes berichtet hätten.

Der Wiederaufbau in Frankreich.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Geschäftigen von einer Anzahl vollkommen zerstörter Dörfer in der Gegend Chemin des Dames sind unter dem Vorsitz eines Deputierten zusammengekommen, um sich über den Wiederaufbau auszusprechen. 1200 Familien wurden von 325 Delegierten vertreten. Der Sekretär des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete setzte den Versammelten ausführlich die Bestimmungen auseinander, die für den Wiederaufbau anderer Dörfer herausgegeben wurden. Die Delegierten erklärten einstimmig, daß sie eine ähnliche Organisation für ihr Gebiet wollten. Sie wollen, daß zugleich eine Abstimmung eingeleitet wird, deren schriftlich zusammengefaßtes Ergebnis dem Minister Loucheur übergeben werden soll.

Jouhaug über die Waffenkunde bei Kochstroh.

Berlin, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Sonderberichterstatter des Reupole, der die von den deutschen Gewerkschaften eingeladene Delegation der Genfer Arbeitskonferenz auf ihrer Reise durch Deutschland begleitet, berichtet aus Erfurt über die Feststellungen der Delegation unter der Arbeiterschaft der in Betracht kommenden Deutschen Werke. Alle hätten die gleiche Sprache geführt, welcher Partei sie auch angehört. Von allen habe er den gleichen Willen bekunden hören, sich der Wiederaufnahme der ehemaligen Fabrikation zu widersetzen, wie sie auch alle, die Kommunisten so gut wie die anderen gegen die Forderung der Internationalen militärischen Kontrollkommission protestiert hätten. Wenn es wahr sei, sagt der Berichterstatter, daß die Großindustrie für die Bedürfnisse der modernen Armeen fürstbares Kriegsmaterial liefern könne, so gebe es nur eine Alternative, entweder müsse man jede industrielle Entwicklung verbieten, oder man müsse bei denen, die an dieser industriellen Tätigkeit beteiligt seien, die Bürgschaften dafür suchen, daß sie nicht mehr in den Dienst des Krieges gestellt wird. Der erstere Gedanke sei unannehmbar.

In einem Interview mit einem Vertreter der Volksischen Zeitung sagt der französische Gewerkschafter Jouhaug, daß die beste Garantie in der Entschlossenheit der Arbeiterschaft liege, sich jeder unerlaubten Herstellung von Kriegsgeschütz zu widersetzen. Er wolle nicht verhehlen, daß die französischen Gewerkschafter den Vorkauf in den Kochstroh-Werken gerade deswegen besonders bedauerlich hätten. Auf den Einwand, daß es sich dabei doch nur um einen einzelnen Fall handle, der in jedem Lande passieren könne, und bei dem die deutsche Regierung eine ganz einwandfreie Rolle gespielt habe, antwortete Jouhaug: „Gewiß, das will ich gern glauben, aber Sie werden einsehen, daß diese Angelegenheit den Anhängern der scharfen Richtung in Frankreich Wasser auf ihre Mühlen geleitet hat und den Verständigungsfreunden ihre Arbeit erschwert.“

Die Besprechungen Rathenaus in London.

London, 30. November. (EP.) Die Daily Mail meldet, daß Rathenau mit Sir Horne eine Unterredung hatte, worin auch die nächste Zahlung vom 15. Januar zur Sprache kam. Er wurde ebenfalls von dem Direktor der Bank von England, Kinderley, empfangen. Vielleicht wird er auch mit Lloyd George eine Unterredung haben.

London, 30. November. Dem politischen Berichterstatter der Daily Mail zufolge hatte Rathenau gestern abend eine Unterredung mit dem Schatzkanzler Sir Robert Horne, um die Frage der Reparationszahlungen an England zu erörtern. Eine weitere Zusammenkunft zwischen Rathenau und Horne ist wahrscheinlich, bevor Rathenau London wieder verläßt. Daily Mail berichtet weiter, daß die Frage eines Moratoriums für Deutschland von Horne eingehend erwogen wurde. Es wird offiziell mitgeteilt, daß diese Frage später vom Kabinett beraten werden wird. Zuverlässig könne mitgeteilt werden, daß die führenden Bankiers Englands für diesen Beschluß eintreten.

Englands Angebot an die Sinnfeiner.

London, 1. Dezember. (U.) Nach dem Daily Chronicle bemüht sich die englische Regierung jetzt besonders darum, die Sinnfeiner zu veranlassen, den angebotenen Dominionsstatus für Südtirland anzunehmen, wodurch Ulster fiskalische Autonomie außer eigenem Parlament auch seine Vertreter im Reichsparlament erhalten bleiben würde.

Finanzpläne in Deutsch-Oesterreich.

Von J. Brod, Wien.

Dem von der sozialdemokratischen Partei im Verein mit der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation ausgearbeiteten Finanzplan, über den wir berichtet haben, ist sehr bald ein Finanzplan der christlichsozialen-großdeutschen Regierung gefolgt. Wurde der sozialdemokratische Plan von der bürgerlichen Presse oberflächlich und bagatelmäßig behandelt, so erstreute sich dafür der christlichsoziale Finanzplan einer aufmerksamen Beachtung. Liberale und Christliche suchten sich in der Lobpreisung des neuen Plans zu überschreien. Der neue Finanzminister Dr. Gürtler hat wohl einige Forderungen der Sozialdemokraten übernommen, die Hauptforderungen jedoch legte er beiseite. So hat er sich aus dem sozialdemokratischen Finanzplan nachstehende Forderungen zu eigen gemacht: Koppelung der Vermögensabgabe, Einführung der periodischen Vermögenssteuer, Erhöhung der Grundsteuer, abermalige Anpassung der Einkommensteuer an den veränderten Geldwert, Ermäßigung der Zölle auf Lebensmittel und Rohstoffe und gleichzeitige Erhöhung der Zölle auf Luxuswaren, Bildung von Industrieverbänden als Steuergeellschaften, Verbilligung der Verwaltung, Verkürzung des Instanzenzuges, Abbau der Beamtenschaft auch was Dr. Gürtler über die Erhöhung der Gehältern, über die Verhinderung der Gehälternhinterziehung, über die Anpassung der Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonartaxe an die Staatskosten gesagt hat, ist dem sozialdemokratischen Finanzplan entnommen. Was er nicht übernehmen will, ist gerade das, worauf es in der jetzigen traurigen Zeit am meisten ankommt, wenn die Sanierung der Finanzen keine Phrase bleiben soll. Dazu gehören: die Anforderung der ausländischen Zahlungsmittel und Wertpapiere, die Wiederherstellung der staatlichen Devisenbewirtschaftung, die Einführung neuer Monopole, Einstellung der Staatsausgaben für Zwecke der Kirche und Verwandlung der staatlichen Betriebe in gemeinwirtschaftliche Anstalten. Alle diese Vorschläge hat der Finanzminister mit mehr oder weniger fadenscheiniger Begründung abgelehnt. Man begreift daher, daß die kapitalistische Presse von Dr. Gürtler enttäuscht ist. Jene sozialdemokratischen Forderungen, die geeignet wären, den „Besitz“ anzutasteten, hat der Minister links liegen lassen und nur die angenommen, die der Masse der Konsumenten neue Lasten auferlegen. Die Begeisterung für den neuen Finanzminister hat sich übrigens inzwischen merklich abgekühlt, seitdem er in seinen Sanierungsplan auch die Börse einbezog und gewisse kapitalistische Blätter „professionelle Wismacher“ nannte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Dr. Gürtler keine Reform nach dem Rezept einrichtet: „Wenn du wenig hast, wird dir auch das wenige genommen.“

Vor allem läßt sich die Regierung den Abbau der staatlichen Zuschüsse zu gewissen Lebensmitteln angelegen sein, wodurch die Preise der notwendigsten Bedarfsgegenstände in tollen Sprüngen steigen. Seit dem 4. Oktober, da der Finanzplan Dr. Gürtlers das Licht der Welt erblickte, bis zum 14. November sind die wichtigsten Lebensmittel um 260 bis 300 v. H. teurer geworden. Die Folge ist, daß der Abbau der staatlichen Zuschüsse in Frage gestellt ist, wenn man nicht tiefe soziale Erschütterungen heraufbeschwören will. Es werden denn auch bereits Stimmen laut, die eine nur allmähliche Einstellung der staatlichen Zuschüsse für ratsam halten; ein zu rasches Tempo könnte Gefahren heraufbeschwören. Der Finanzminister sprach davon, daß die Befestigung der staatlichen Subventionswirtschaft die Bevölkerung lehren würde, „auf eigenen Füßen zu stehen und nicht alles Heil von der Regierung zu erwarten“. Diese Redensart wurde von den bürgerlichen Abgeordneten mit Beifall aufgenommen. Schade nur, daß man auf eignen Füßen nur stehen kann, wenn man festen Boden unter sich hat. Aber gerade dieser fehlt uns in Oesterreich seit Jahren.

Nichts steht mehr fest in der bürgerlichen Gesellschaft. In normalen Zeiten war das Geld die Seele der kapitalistischen Wirtschaft. Die mit Gold gedeckelte Papiernote bildete die Grundlage des geschäftlichen Verkehrs und der Produktion. Sie wurde gegeben und genommen als vollwertiges Geld und vermittelte den Austausch des materiellen Lebens. Nun ist unsere Papierkrone fast gänzlich entwertet; in Zürich wird sie nur noch mit 0,5 bemessen, 5 h. für 100 Kronen bekommt man nur noch 12 Centimes. Demgemäß sinkt auch die Krone im innern Verkehr. Ein Kilogramm Butter, das im Frieden um zwei Kronen zu haben war, kostet schon über 2000 Kronen; ein Kilogramm Schweinefleisch kostet 1500 Kronen gegen 1.80 Krone in der Vorkriegszeit; ein Kilogramm Rindfleisch wird mit 600 bis 700 Kronen bezahlt. Wenn die Regierung die staatlichen Zuschüsse einstellt, wird ein Laib Brot, der jetzt um 34 Kronen verkauft wird, 300 Kronen kosten. Dieser Preis ist für die meisten Arbeiter unerträglich.

Von ihrem Finanzplan will die Regierung zunächst die Preis-erhöhung der Monopolartikel und der Gehältern durchzuführen. Mit der Erhöhung der Postgebühren hat sie den Anfang gemacht. Ab 1. Dezember werden die Postgebühren um 150 Proz. erhöht; die Beförderung eines Briefes im Orte wird 7.50 Kronen, im Fernverkehr 10 Kronen kosten. Im gleichen Ausmaße sind auch